Das Programm des neuen französischen Kabinets.

Die am Sonnabend in der französischen Kammer verlesene ministerielle Deklaration lautet:

Geehrte Herren! Unter schwierigen Verhältnissen zur Ausübung der Regierung berufen, sind wir doch voller Vertrauen in den Erfolg unserer Bemühungen, wenn Sie uns mit Ihrer Einsicht helfen und durch Ihre Zustimmung unterstützen wollen. Die Zusammensetzung unseres Kabinets zeigt Ihnen die Linie des Verhaltens an, welcher wir zu folgen beabsichtigen. In der durch die letzten legislativen Wahlen geschaffenen Lage würde keine Regierung ohne die Unterstützung aller Fraktionen der republikanischen Majorität von Dauer sein können. Das Gebot der Lage ist demnach eine Politik der Versöhnung zwischen diesen verschiedenen Fraktionen, welche von jeder derselben gewisse Opfer fordert in Anbetracht der Zugeständnisse, welche von den anderen eingeräumt worden sind. Das Ergebniß davon muß ein gemäßigtes, vorsichtiges aber maunsgesetztes Vorgehen zu den von der Demokratie geforderten Reformen sein. Dieselben sind der Reihe nach mit Methode zur Erledigung zu bringen ohne denjenigen, welche sich durch zu weit angelegte Programme beunruhigt und entfremdet fühlen, zuzumuthen, alles auf einmal anzunehmen. Die Ausgabe des Jahres 1886 dürfte sehr einfach festzustellen sein. In erster Linie haben wir die Ordnung und die Disciplin der Verwaltung wieder herzustellen. Unter der Gunst der liberalen Ideen, welche die Ehre der Republik sind, und der Unabhängigkeit, welche sie mehr und mehr dem Bürger zu sichern bestrebt ist, sind einzelne Beamte durch eine sonderbare Verwirrung dahin gelangt, sich von allen Verpflichtungen gegen den Staat außerhalb der Erfüllung ihres Amtsberufs für entbunden zu erachten. Nicht allein, daß sie ihre Unterstützung den Institutionen nicht leihen, in deren Namen sie ihren Beruf ausüben, sondern sie glauben sich auch erlauben zu dürfen, dieselben offen zu bekämpfen. Es ist Zeit, daß ein so anarchisches Schauspiel aufhöre. Fortan darf niemand vergessen, daß die Freiheit der Opposition gegen die Regierung für die Staatsdiener nicht existirt. Diese schulden der Republik zum mindesten eine würdige, loyale und ehrerbietige Haltung. Wir sind entschlossen, überall Ergebenheit und Treue zu erlangen und werden zu diesem Behufe die nöthigen Exempel statuiren. Die Einmischung des Klerus in unsere politischen Kämpfe und noch neuerdings bei den Wahlen ist für alle verständigen Gemüther ein Gegenstand ernster Besorgnisse; ein jeder hat begriffen, daß eine solche Situation nicht unendlich fortdauern darf und daß das ernste Problem der Trennung von Kirche und Staat sich uns alsbald unwiderstehlich aufdrängen wird. Es ist dies eine der Fragen, welche zu lösen die Politik allein zu ungeschickt ist, denn selbst jene erstreckt ihre Wurzeln bis in die innersten Tiefen des Gewissens des Bürgers. Bevor der Gesetzgeber souverän entscheidet, müssen die freie Diskussion, die feierlichen Verhandlungen der Kammern, die ausstrahlenden Ideen im Lande die Lösung in Uebereinstimmung mit den Tendenzen des Zeitgeistes vorbereitet haben. Bis dahin muß die Geistlichkeit, wenn sie nicht ein brüskes Zerwürfniß hervorrufen will, sich auf die Rolle beschränken, welche ihr Beruf und die Natur der Dinge selbst ihr vorzeichnen. Die Regierung wird ihrerseits fest die Hand darüber halten, daß die Rechte der bürgerlichen Gesellschaft vorsichtig geachtet werden. Sie wünscht die Beruhigung, aber sie wird nicht zögern, das Gewicht ihrer Autorität denjenigen gegenüber zur Geltung zu bringen, welche sich versucht fühlen sollten, sie zu verkennen.

Der zweite Theil unserer Aufgabe wird in der Herstellung des Gleichgewichts des Budgets bestehen. Seit mehreren Jahren haben unter dem Einfluß verschiedener Ursachen, von denen einige sich der Aktion der Regierungen vollständig entziehen, die Ausgaben die Hilfsquellen überschritten. Daher stammen die Defizits und die aufeinander folgenden Anleihen, die, obwohl sie die Solidität unseres Kredits nicht beeinträchtigten, doch die ganze Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten mit Recht in Anspruch nehmen. Das Land hat deutlich bekundet, daß es Finanzen haben will, die vor jeder Kritik geschützt sind. Wir glauben, daß das Budget von 1887, welches Ihnen demnächst vorgelegt werden wird, dieser Erwartung entspricht. Wir hoffen, das Gleichgewicht herzustellen ohne zu einer Anleihe zu schreiten. Strenge Ersparnisse in den verschiedenen ministeriellen Departements, einige Steuererhöhungen ohne Einfluß auf den Verbrauch, werden uns für die einzelnen Dienstzweige und die Kolonialausgaben die nöthigen Mittel liefern, ohne daß wir neue Steuern schaffen müssen, und werden uns sogar gestatten, wie wir hoffen, der Landwirthschaft einen besonderen Antheil zuzuwenden. Die Departements des Krieges und der Marine werden den gebieterischen Erfordernissen unseres Budgets ernste Opfer bringen müssen, sie werden sie ausführen ohne unsere militärische Kraft, deren Schwächung Ihr Patriotismus nicht zugeben würde, auch nur im geringsten zu beeinträchtigen. Unsere Absicht geht nicht nur dahin, Ausgaben, wie die von Tonking und Madagaskar, welche in diesem Jahr noch die schwebende Schuld belasten, in das ordentliche Budget zu übertragen, sondern das außerordentliche Budget überhaupt zu unterdrücken. Es wird dies ausführbar sein durch reichliche Ausstattung des ordentlichen Budgets mittels gewisser Kombinationen, auf welche näher einzugehen heute verfrüht sein würde. Gestatten diese vereinigten Mittel den Bedürfnissen des Jahres in ausreichender Weise gerecht zu werden, so werden wir uns gleichzeitig angelegen sein lassen, mit Besonnenheit für die folgenden Budgets die Reformen vorzubereiten, welche unsere soziales und ökonomischen Verhältnisse für unsere Fiskalgesetzgebung benöthigen. Wir werden uns bei diesen Studien durch den demokratischen Geist unserer Epoche und durch den festen Wunsch leiten lassen, den Auflagen, welche auf dem Steuerzahler lasten, eine gerechtere Vertheilung zu sichern.

Wenn es einen Punkt giebt, bezüglich dessen das allgemeine Stimmrecht sich mit zweifelloser Deutlichkeit ausgesprochen hat, so ist dies der Fall in Bezug auf die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten. Es verlangt, daß Frankreich eine würdige und friedliche Politik habe und seine Kräfte auf dem Kontinent konzentrire, um von allen geachtet zu werden ohne für irgend jemand eine Drohung zu sein. Es will nichts mehr von diesen fernen Expeditionen wissen, welche für das Land eine Quelle von Opfern sind, deren Preis nicht immer deutlich erkennbar ist. Es wünscht überdem, daß die Kolonien nur gedeihen, wenn das Mutterland mächtig ist, und daß gute Finanzen die erste Bedingung eines blühenden Handels sind. Besorgt für den Ruf Frankreichs, und aus den Entscheidungen des Parlaments fügend, werden wir die neuerdings erworbenen Besitzungen behalten. Wir werden uns bemühen, daraus den möglichsten Vortheil zu ziehen, indem wir die Opfer auf das unumgänglich Nothwendige beschränken. In diesem Sinne werden wir das Protektorat von Annam, von Tonking, sowie das von Madagaskar auf außerordentlich einfachen Grundlagen organisiren. Die Ausgaben für das erste dieser Protektorate, die in den Haushaltsetat pro 1886 mit 75 Millionen eingestellt sind, werden, wie wir dies schon jüngst bei einer Kammerverhandlung angegeben haben, unserer Ansicht nach im Jahre 1887 sich auf 30 Millionen herabmindern und nach und nach in einigen Jahren verschwinden. Gerade um dieses Ziel noch direkter verfolgen zu können, ist die Verwaltung der Protektorate einstweilen von derjenigen der Kolonien getrennt und dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten zugetheilt worden. Später, nach erfolgter Lösung des Problems, soll die Verwaltung der Protektorate bei einer einzigen Dienststelle vereinigt werden. Neben diesen wesentlichen Arbeiten, die uns die Hauptaufgabe des Jahres 1886 zu bilden scheinen, stellen sich noch andere dar, welche Ihre Entschließungen erheischen. Wir verweisen auf die Maßregeln zur Verbesserung des Looses der Arbeiter, auf die Militärgesetze, auf die Revision unseres Civil- und Strafprozesses, auf die Ermäßigung der Gerichtskosten, auf die Unterrichtsgesetze und auf einen demnächst einzubringenden Gesetzentwurf zur Regelung der Stellung und zur Verbesserung des Gehalts der Lehrer. Wir glauben, geehrte Herren, daß wenn der Kreis, welchen wir vor Ihnen gezeichnet haben, in erwünschter Weise durchlaufen ist, das Jahr 1886 wohl ausgefüllt sein wird. Wir werden dann auf dem geebneten und befestigten Boden, unter dem Schutze von Institutionen, welche jedem Angriffe gewachsen sind und welchen wir erforderlichenfalls gegenüber jedermann Achtung zu verschaffen wissen werden, entschlossen zu den Reformen schreiten, die das Land von Ihnen erwartet, denn das Wesen der Republik ist nicht die Unbeweglichkeit. Es muß ein unaufhörliches Bemühen zum Fortschritt, ein fortdauerndes Anwachsen der Freiheit, eine beständige Hebung des materiellen und moralischen Niveaus der Demokratie sein. So fassen wir die große Aufgabe für die nunmehr beginnende Legislaturperiode auf. Dieselbe ist in der That Ihrer erlenchteten Vaterlandsliebe würdig. Indem Sie dieselbe erfüllen, können Sie mit Vertrauen die Parteigegensätze bei allen denjenigen einander nähern, welche ausschließlich das Interesse Frankreichs und die Zukunft der Republik im Herzen tragen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 2. Session.

26. Sitzung vom 16. Januar.

Der Tisch des Bundesraths ist wieder unbesetzt.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist ein Handels-, Schiffahrts- und Konsular-Vertrag zwischen Deutschland und St. Domingo.

Das Haus setzt hierauf die gestern abgebrochene Berathung der von den Abgg. Dr. v. Jazdzewski, Ausfeld gestellten Anträge 2c. betreffend die Ausweisungs-Maßregel fort.

Abg. v. Reinbaben (Reichsp.): Abg. Richter hat neulich gemeint, die Ausweisungsmaßregel tangire das deutsch-nationale Interesse. Ich gebe ihm darin Recht, aber ich bezweifle, daß er durch Unterzeichnung des freisinnigen Antrages dieses deutschnationale Interesse gefördert hat. Daß diese Ausweisungs-Maßregel unpopulär ist, hat der Staatsmann, der sie verfügte, selbst gewußt, aber höher als die Popularität muß ihm die Sicherheit des Staates stehen und diese wird gefährdet durch den Polonismus (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Der freisinnige und der Centrums-Redner haben dies nicht widerlegen können. Herr Windthorst hat immer nur den Abg. Spahn im Hintergrunde erscheinen lassen, bewiesen aber hat er nur, daß er auch bei dieser Gelegenheit den Kulturkampf zur Sprache bringen muß. (Ruhe im Centrum: Helldorff!) Abg. Hänel hat bei der ersten Diskussion der Interpellation sich prinzipiell für den Schutz vor dem Polenthum ausgesprochen, trotzdem hat er den freisinnigen Antrag unterschrieben — erklärt mir Graf Oerindur dieses Räthsel der Natur! (Gelächter.) Die preußische Regierung hat offiziöse Mittheilung von Vorlagen gegen den Polonismus gemacht — trotzdem legen Sie sich nicht Schweigen auf (große Heiterkeit) und warten nicht bis auf die Berathung im preußischen Landtage, weil Sie hier im Reichstage die Mehrheit haben. Sie werden es einst noch bereuen (Gelächter), gemeinsame Sache gemacht zu haben mit denen, welche erklärte Feinde des Deutschen Reiches sind. (Große Unruhe — Rufe: Namen!) Daß Härten und Mißgriffe vorkommen, ist natürlich, aber es ist doch nicht patriotisch, diese Mißgriffe an die große Glocke zu hängen. (Rufe: Oho!) Mag Abg. Dr. Windthorst auch noch so sehr schelten, die große Mehrheit des Volkes hat das Gefühl der Freude, daß wir eine energische Regierung voll gesunden Egoismus haben. Unterstützen Sie den Kanzler in dieser Frage nicht, so schneiden Sie den Ast ab, auf dem Sie sitzen. Ich warne Sie die gestellten Anträge anzunehmen. (Heiterkeit.) Sie verhelfen dem Reichskanzler sonst nur zu einem zweiten 15. Dezember.

Abg. Rickert: Das habe ich nicht erwartet, daß man so offen, wie es eben geschehen, eine neue Entrüstungs-Agitation in Scene setzen zu wollen erklärt. (Beifall.) Herr v. Helldorff und Herr v. Reinbaben meinen, wir sollen schweigen, der Herr Reichskanzler hats gethan, ergo ist es gut. Sollen wir uns, wo es sich um die Ausweisung von 30,000 Polen handelt, den Mund verbieten lassen? Haben die konservativen Redner etwas zur Begründung der Maßregel angeführt? Herr v. Puttkamer sagt, die 30,000 Polen gefährden die Sicherheit Preußens — das hat Herr v. Helldorff, Herr v. Reinbaben wiederholt. Und die mehr als eine Million Polen, die in Posen und Westpreußen nicht ausgewiesen worden? Was hat denn Herr v. Helldorff gestern überhaupt gesagt? Nichts weiter als einen schwachen Abklatsch der schwachen Deduktion des Reichskanzlers, bis auf den nationalen Konvent. (Heiterkeit links.) Herr v. Helldorff hat dann den Muth gehabt, die Opposition zu verdächtigen, die Geschäfte des Auslands zu betreiben. Ich glaube, ich brauche diese Ueberhebung eines Herrn, den weder seine Vergangenheit noch seine Leistungen zu einem solchen Tone berechtigen, entschieden zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.) Wenn Herr v. Helldorff sich um unseren Patriotismus kümmert, so bestreite ich ihm auch hierzu das Recht — im übrigen mag er Monologe halten, so viel er will, das deutsche Volk wird wissen, was es von solcher Ueberhebung zu halten hat. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.) Auch Herrn v. Helldorff stimmen übrigens nicht alle Konservative bei — jedenfalls aber bitte ich Herrn v. Helldorff, Verdächtigungen der Parteien dem Herrn Reichskanzler zu überlassen; was dieser sich erlauben darf, steht Herrn v. Helldorff doch nicht frei. (Heiterkeit links.) Ein leipziger Blatt hat seinem Bedrembden darüber Ausdruck gegeben, daß ich, der ich die Verhältnisse Westpreußens genau kenne, diesen Antrag unterschrieben habe. Nein, gerade weil ich stets in jenen Landstrichen für die Germanisirung gekämpft und die Verhältnisse genau kenne, muß ich für den freisinnigen Antrag eintreten. Wir bestreiten der Regierung keineswegs etwa aus humanitärer Schwärmerei das Recht der Ausweisung, aber wir bekämpfen diese Ausweisungen en-gros. Wir billigen die Hemmung der polnischen Einwanderung, aber nicht diese plötzliche Maßregel einer Regierung, die so lange absolut nichts gethan für das Deutschthum in jenen Gegenden, für das Schulwesen und die deutsche Kultur jener Landstriche. (Lebhafter Beifall links.) Das Generelle dieser Maßregel, die keine Schonung kennt auch für den friedlichen Bürger, sobald er Pole ist — das ist es, was wir tadeln. Vielleicht versteht uns Herr v. Helldorff jetzt besser. Herr v. Puttkamer hat gemeint, schon die Existenz der Polen in Preußen sei ein Unding — das ist eine ganz thorichte Ansicht für einen Staatsmann. Soll die Toleranz, die seit Friedrich dem Großen in Preußen und Deutschland herrscht, in dem deutschen Reiche von 1870 keinen Raum mehr haben. In Danzig sind 72 Familien ausgewiesen — in Danzig, dieser echt Deutschen Stadt, in der bei keiner Wahl eine polnische Stimme abgegeben worden ist. Alle Behörden haben sich darüber gewundert, 40 der Ausgewiesenen sind absolut nothwendig für das Bestehen der Handelsverbindung in Rußland. Der ganze Handel wird geschädigt, die nationalen Interessen beeinträchtigt — die Herren auf der Rechten betrachten freilich nur die agrarischen Interessen als nationale Interessen. In Breslau ist ein gar nicht Polnisch verstehender Kaufmann ausgewiesen worden, der seit 30 Jahren als Kaufmann thätig ist. Auch die Mutter des Ministers Milde hat man jetzt ausgewiesen. (Hört, hört!) Ich könnte Ihnen noch eine Reihe der empörendsten Maßregeln vorführen, ein Blatt, welches in letzter Zeit sehr tief gesunken ist, die „Köln. Ztg." bringt einen Artikel, der mit den Worten schließt „Deutschen den Deutschen!" Herr v. Puttkamer hat betont, die eingewanderten Polen hätten um die Niederlassungs-Erlaubniß nicht nachgesucht — das ist ja richtig, man hatte eben früher Zutrauen in der Toleranz der Behörden. Und nun denken Sie sich die Lage derer, die jeden Augenblick die Ausweisung gewärtigen und keine Dispositionen treffen können. Es ist doch endlich Zeit, daß die Regierung eine Entscheidung in dieser Sache trifft. Bedenken Sie doch die Entrüstung Deutschlands, als 1870 die Deutschen aus Paris ausgewiesen wurden. Diese Maßregel nannte damals die Regierung eine „Barbarei" (Hört, hört! links und im Centrum) und die offizielle und offiziöse Presse erklärte damals, daß Deutschland niemals das Gebot der Gastfreundschaft verletzten werde. (Hört, hört!) Was zur Hebung des Deutschthums geschehen muß, haben wir oft genug erklärt, man hat uns gesagt: non liquet! Diese Maßregel stärkt uns nicht im Kampfe für das Deutschthum. Wir meinen, das Deutsche Reich ist groß und mächtig genug, um den bisherigen Grundsatz zu bewahren, den der Toleranz und des Humanismus! (Lebhafter, anhaltender Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. Marquardsen (nat.-lib.): Der Gang der Diskussion hat mich in meiner früheren Anschauung bestärkt, daß die ganze Sache besser im preußischen Landtage erledigt wäre. (Widerspruch.) Die Härten und Schärfen der Maßregel, wie sie von einigen Rednern hervorgehoben worden, tadle ich durchaus, ich meine aber, daß man die Beurtheilung der ganzen Maßregel von diesen Details nicht abhängig machen darf. Entgegen den konservativen Rednern halte ich daran fest, daß der Reichstag zur Besprechung dieser Anträge und der Interpellation durchaus kompetent ist. Abg. Dr. Windthorst will in seinem Antrage nur eine Ueberzeugung aussprechen, das ist sehr vorsichtig, aber geschieht ist damit eigentlich nichts. Ich halte den Reichstag für kompetent, weitergehende Anträge zu stellen. Ich erhebe gegen die materielle Behandlung also keinen Einspruch. Bei dem Antrage der Sozialdemokraten gefällt mir vor allem die Begründung nicht, weil sie das Ausland mit ins Spiel bringt. Der freisinnige Antrag und der des Centrums bezeichnet das Vorgehen der Regierung als nicht im Interesse des Reichs. Ich habe diesen Anträgen gegenüber die Rede des preußischen Ministers des Innern studirt und in der That einen anderen Eindruck davon erhalten, als der Vorredner, nämlich den, daß die Maßregeln nicht ungerechtfertigt erscheinen, jedenfalls in einem ganz andern Lichte, als die Reden der Freisinnigen und des Centrums es glauben ließen. Bei der Ausweisung der Deutschen aus Frankreich handelte es sich doch um ganz friedfertige Elemente, die den Staat nicht gefährdeten — wie die Sache hier liegt, wird doch erst die Verhandlung des preußischen Abgeordnetenhauses zeigen. Jedenfalls ist die Anhäufung nicht deutscher Elemente an der östlichen Grenze weit größer, als sonst an den Grenzen des Deutschen Reiches. Sie werden, meine Herren, Ihr Urtheil fällen, der Patriotismus und das deutsche Volk aber wird darüber zu Gericht sitzen.

Abg. Spahn (Centrum). Gestatten Sie mir, zunächst den Rechtspunkt zu beleuchten. Als 1873 Kommunisten nach England gehen wollten, warf man dort die Frage auf, ob die Ausweisung derselben berechtigt wäre. Man entschied sich dort, daß eine solche Ausweisung nicht zulässig; soll ich Sie auch noch an das ausgedehnte Gastrecht der Vereinigten Staaten erinnern und daran, daß Preußen groß geworden ist durch die ausgedehnte Ausübung des Gastrechtes — Redner bestreitet die Angabe des preußischen Ministers, daß das Auwachsen der Polen ein mehr als normales gewesen. Nicht nationale, sondern konfessionelle Rücksichten sind es, die jene Ausweisungs-Maßregel veranlaßt haben. Der Kern der Frage ist tiefer zu suchen, die Maßregel ist eine Fortsetzung der Kulturkampf-Maßregeln, der Ausweisung der Orden. Nicht die vermehrte Einwanderung erklärt die Zahl der Polen in Preußen, sondern der Umstand, daß ärmere Bevölkerungsklassen, wie die Polen in Westpreußen, reichere Nachkommenschaft zu haben pflegen. Wie sehr konfessionelle Umstände hier in Frage kommen, geht aus dem Umstande allein schon hervor, daß man polnischen Familien, die ausgewiesen werden sollten, das Ausweisungsrecht verlängert habe, wenn die Frauen und Kinder evangelisch waren. Wenn auch Rußland jetzt seine Absicht weiterführt, die Polen zur orthodoxen Kirche zu zwingen, dann haben wir keinen Wall mehr gegen den Ansturm des Slawenthums. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Hammerstein (kons.): Die heutige Verhandlung des Reichstags wird nicht dazu beitragen, das Ansehen des Reichstags zu erhöhen. (Unruhe.) Ich glaube nicht, daß Herr v. Helldorf die Opposition der Konspiration mit dem Auslande beziehtigen will, aber wenn im französischen Parlament ein Redner die Regierung angegriffen hätte, wie heute Abg. Rickert, so hätte man ihn von der Tribüne gestoßen. (Beifall links, Gelächter und Lärm rechts.) Es hat sich ein eigenthümliches Konglomerat von Parteien gebildet, in deren Namen Abg. Liebknecht gesprochen hat. Ich verstehe nur gar nicht, weshalb bei solcher Uebereinstimmung des Standpunktes die Freisinnigen und Herr Windthorst noch besondere Anträge gestellt haben und nicht den Liebknechtschen Antrag einfach acceptiren. Die Frage ist, bewegt sich der Reichstag auf gesetzmäßigem Boden, wenn er diese Anträge stellt? Sie bejahen diese Frage, wir verneinen sie trotz der Autorität des Herrn Liebknecht. Wenn Herr Liebknecht meint, er würde allein das Deutsche Reich holten können, so gratulire ich ihm. Herr Liebknecht meint, man sei erst Mensch, dann Pole (Beifall rechts, Lachen links). Herr Liebknecht hat auf den Frieden der Nationalitäten hingewiesen, der in Nord-Amerika herrscht — ja den Frieden schafft man sich dort, indem man die Störenfriede todtschlägt. — Auf die vom Abg. Möller gebrachten Details kann man eigentlich nicht eingehen, dazu ist das Abgeordnetenhaus da. Herr Dr. Möller hat wohl auch hier und da übertrieben, er hat von der rücksichtslosen Ausweisung eines siebenjährigen elternlosen Mädchens gesprochen, in Wahrheit aber handelt es sich um eine Vereinbarung zwischen der preußischen und russischen Regierung, wonach letztere die Erziehung des Kindes übernahm. Ein Theil der Majorität des Hauses besteht darauf, daß die Ausweisungsmaßregel gegen die Katholiken, ein Theil, daß sie gegen die Juden oder wie Herr Dr. Möller meinte, gegen das liberale Judenthum gerichtet sei. Der „Osservatore Romano" hat als Grund für die Ausweisungen den Zuzug der polnischen und galizischen Juden bezeichnet. Den freisinnigen Antrag hat auch Herr Ludwig Löwe unterzeichnet, der im Sommer einer Sitzung der „Alliance israelit" beigewohnt hat. Dort handelte es sich um die Frage, wie der Kulturzustand der galizischen Juden zu heben sei. Der betreffende Referent hat sich dort über seine galizischen Glaubensgenossen sehr ungünstig ausgesprochen — und da will man es tadeln, daß diese Ausweisung der galizischen und russischen Juden erfolgt. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich diese Maßregel billige. Bei Herrn Rickerts Rede fiel mir ein, daß 42 der bei der danziger Wahl für ihn abgegebenen Stimmen kassirt werden mußten, weil sie von polnischen Juden, die nicht wahlberechtigt, abgegeben wurden. (Oho! links, Unruhe.) Daß einige Härten bei der Ausführung jener Ausweisungsmaßregel stattgefunden haben, will ich nicht bestreiten, aber ich meine, daß dies von Beamten geschehen, die der Partei des Herrn Rickert nahe standen. (Beifall rechts.)

Der Präsident schlägt vor, die Sitzung mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl im preußischen Abgeordnetenhause bis 3 Uhr zu unterbrechen.

Nachdem sich Abg. Kayser gegen diesen Vorschlag ausgesprochen, wird die Sitzung bis 3 Uhr vertagt.

Der Präsident nimmt die Sitzung um 3 Uhr 10 Minuten wieder auf.

Abg. Bayer (Volksp.) erklärt sich namens seiner Partei für den sozialdemokratischen Antrag, weil dieser der weitgehendste sei. Die einzige Frage, um die es sich handelt, ist die, ob der Reichstag berechtigt sein soll, von seinem Beaufsichtigungsrechte Gebrauch zu machen. Wir müssen und dürfen dieses Beaufs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860119029/fragment/page=0001

sichtigungsrecht ausüben gemeinsam mit dem Bundesrath. Wenn z. B. Baden oder Würtemberg sämmtliche Amerikaner aus seinen Grenzen ausweisen würde, wollte dann Herr v. Helldorf oder Herr v. Hammerstein den Einspruch des Reichstages und der Reichsregierung unberechtigt finden? Die Herren würden doch vielmehr der Meinung sein, daß sofort Remedur geschaffen werden müßte. Man hat die Polizei bereits aufgeboten beim Vereinsrecht, beim Preßrecht 2c. — soll sie jetzt auch zum Schutz unseres nationalen Lebens aufgeboten werden. Es ist gesagt worden, unser nationales Leben liegt im Schwinden — ganz recht, aber nur bei den Nationalliberalen und Konservativen. (Beifall links, Gelächter rechts.) Wenn die Regierung etwas thun will gegen den Polonismus, so kann sie dies thun durch Erschwerung der polnischen Einwanderung. Von den Ausgewiesenen sollen etwa 50 Prozent Juden sein — vielleicht liegt also bei der Ausweisung zum Theil eine kulturkämpferische Maßregel vor. Aber dann würde man doch Unrecht thun, gerade Leute auszuweisen, die keine bedeutende Stellung im Kulturkampfe einnehmen. Der Kulturkampf aber ist doch eine Blüthe allein preußischen Wesens — soll das Reich, dem doch die Folgen der Ausweisungs-Maßregel zur Last fallen, etwa mobil gemacht werden für den preußischen Staat? Die Maßregel ist — und das ist die Hauptsache — zeitlich ziemlich zusammengefallen mit den Ausweisungs-Verträgen mit Rußland — sollen diese beiden Maßregeln vielleicht nur der Anfang sein und auf späteren Kaiserzusammenkünften vielleicht weitere Beschlüsse gegen die Volksrechte geplant werden? Man hat unseren Patriotismus angezweifelt — die höchste Probe des Patriotismus, Herr v. Helldorf, kommt erst in den nächsten Wochen, beim Branntwein-Monopol (Heiterkeit), da muß es sich zeigen, ob die Herren patriotisch genug sind, ihre Interessen unterzuordnen gegen die der Gesammtheit. (Lebhafter Beifall links.) Beweist die ganze Vergangenheit des Reichstages nicht, daß er nicht gewillt ist, sich Uebergriffe zu erlauben — weshalb also der Appell, daß wir an den „vitalsten Lebensinteressen," wie Herr v. Helldorf so schön gesagt hat (Heiterkeit) nicht rütteln sollen. Man hat auch heute von einer Entrüstungs-Agitation gesprochen — das war doch aber im vorigen Jahre nur Strohfeuer, Herr v. Rheinbaben, das lohnt doch nicht zu erneuern. Wenn der Reichstag in diesem Falle nicht vorgeht, so wäre es um seine Autorität geschehen. Wir müssen kämpfen um die Kompetenz des Reiches, nicht minder aber um die schwer errungene hohe Kulturstelle, der sich Deutschland bisher rühmen durfte. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. **Junggreen** (Däne) bezeichnet die Ausweisungs-Maßregel als eine Schmach für Deutschland und führt Klage darüber, daß auch in seiner Heimath Ausweisungen und zwar mit größter Härte erfolgt seien.

Abg. Frhr. **Langwerth v. Simmern** (Welfe) führt aus, daß Maßregeln, wie sie hier ergriffen worden, bisher stets nur zum Unsegen der betreffenden Monarchien geführt. Das Deutsche Reich, das er aus vollstem Herzen liebe, trotz aller dem Reiche noch anhaftenden Mängel, habe bisher stets den Standpunkt der Gerechtigkeit gegen alle Nationalitäten eingenommen — nur ein übertriebener Nationalitätsstandpunkt könne zu einer Aufgabe der bisherigen Uebung führen. Könne denn auch nur ein Deutscher jemals glauben wollen, daß Westpreußen von Deutschland je abgetrennt und polnisch werden könnte? Weshalb also jene exorbitante Maßregel? Unverständlich sei es, wie man dem Reichstage das Recht abstreiten könne, über eine so wichtige nationale Sache zu sprechen. Die Offiziösen fragen, wo wäre das Reich ohne Reichskanzler — er aber frage, wo bliebe das Reich ohne Reichstag? Deshalb möge man nicht an der Grundfeste des Reichstages rütteln, an dem Reichstage rütteln! (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Böttcher** (nat.-lib.) erwidert dem Abg. Bayer, daß seine Partei keineswegs die Kompetenz des Reichstags bestritten habe, die nationalliberale Partei steht also keineswegs auf partikularistischem Boden. Wenn etwas das Ansehen des Reichstags schädigt, so ist das die gestrige Rede des Abg. Liebknecht (lebhafter Widerspruch links.) Sie haben ganz recht, zu sagen, die preußische Regierung müßte die Nothwendigkeit dieser Maßregel, die ich übrigens billige, nachweisen. Das soll und wird nach der Angabe des Reichskanzlers ja auch geschehen aber nicht hier, sondern im preußischen Abgeordnetenhause ist die Stelle dazu. Es handelt sich doch nicht um gewöhnliche Ausweisungen, sondern um die polnische Frage und weil diese Frage vorhanden ist, deshalb ist es Aufgabe der Regierung, auf dem Qui vive zu stehen, zumal die Polen kein Hehl daraus machen, die Loßreißung vom Deutschen Reiche zu betreiben. (Lebhafter Widerspruch.) Der Reichstag darf nicht die Stimme des deutschen Gewissens überhören. (Gelächter links.) Humane Rücksichten werden auch im Kriege verletzt, ohne daß Sie Einspruch dagegen erheben — den Polen gegenüber aber befinden wir uns im stillen Kriege. (Widerspruch und Gelächter links.) Wenn die Redner der Majorität behaupten, die Maßregel verstößt gegen das nationale Interesse des Reichs, das ist der schwerste Vorwurf, der erhoben werden kann. Die Thatsachen widersprechen diesem Vorwurfe aber doch völlig. Es sind massenhaft polnische und russische Arbeiter eingewandert, die durch ihre billige Arbeit die deutschen Arbeiter verdrängt haben. Da muß der Schutz der nationalen Arbeit eintreten; wenn dies leider nur durch strenge Maßregeln geschehen kann, ja, lieber Gott, dann ist das zu bedauern. (Heiterkeit.) Diese Maßregel ist auch nur eine vorbereitende, Kolonisation und Schule muß ihr folgen. Es ist eine nationale Frage, um die es sich handelt, und hierbei haben Sie die schwersten Anklagen gegen die Regierung vorgebracht. Das Ausland wird erstaunt sein, daß eine große Majorität in dieser nationalpolitischen Frage sich gegen den Reichskanzler stellt — das muß die Weltstellung Deutschlands gefährden. (Gelächter links.) Ich bezweifle nicht den Patriotismus des Herrn Windthorst, aber sein Reichsideal ist eben ein anderes als das unsere. Unerklärlich aber ist mir die Stellung der Freisinnigen — ich bedauere tief, daß wir so sehr in unserer Auffassung auseinander gehen. (Heiterkeit.) Die Herren hätten vor 15 Jahren unseren Standpunkt getheilt (Abg. Rickert: Damals hatten Sie einen anderen Standpunkt!") Sie, meine Herren sind jetzt nur noch die Gefolgschaft des Centrums (Gelächter links.) Heute zum ersten Male brechen Sie mit Ihrer Vergangenheit (Lebhafter Widerspruch, der Präsident bittet wiederholt um Ruhe.) Der heutige Tag bildet ein verhängnißvolles Moment in unserer parlamentarischen Entwicklung. (Beifall bei den Nationalliberalen, Zischen links und im Centrum).

Abg. Dr. **Windthorst**: Wenn das national ist, was der Vorredner gesagt, dann sind wir allerdings weit genug gekommen. Ich muß gegen eine solche Auffassung des deutsch-nationalen Standpunktes Protest einlegen (Beifall). Die Herren Freisinnigen sind leider sehr weit entfernt, meine Gefolgschaft zu bilden, ich leugne es nicht, daß es mein größter parlamentarischer Erfolg wäre, wenn diese Gefolgschaft einträte, ich könnte dann eine Stärkung durch eine große Anzahl vortrefflicher Geister erhalten. Der Gegensatz zwischen beiden Parteien ist sehr groß, unser Antrag ist aus konfessioneller, der deutschfreisinnige aus humanen Gründen hervorgegangen. Herr v. Hammerstein hat von dem sonderbaren Konglomerat der Majoritätsparteien gesprochen — wie fühlt er sich denn in dem Konglomerat von Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen, einem Regenbogen von sonderbarer Farbenschillerung? Wie die Nationalliberalen schillern, weiß man noch nicht, besonders beim Branntwein, vielleicht können sie Geheimer Schnaps-Obercontrolleur werden. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Nationalliberaler hat gesagt, wir leben im Kriege mit den Polen, das ist ein Indianerstandpunkt — und das sagt ein Nationalliberaler, ein nationaler Liberaler. (Große Heiterkeit.) Da muß man doch zweifeln, noch in einem Kulturstaate zu leben. (Beifall.) Der Hinweis auf die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses trifft nicht zu; im vorigen Jahre ist die Frage im Abgeordnetenhause bereits besprochen, heute ist die Regierung nicht erschienen, wir verurtheilen sie also in contumaciam (Heiterkeit.) Der Reichstag ist die letzte Stätte der Freiheit, er muß unbekümmert bleiben um die Gunst des Tages! (Beifall.) Sind wir schon so weit, daß jedes Wort des Tadels als revolutionär gilt, dann mögen wir unser Haupt umhüllen und schweigend nach Hause gehen. (Beifall links und im Centrum). Ich danke allen Herren, die sich heute mit mir beschäftigt haben, für diese Reklame. Man hat von dem „Osservatore Romano" gesprochen — seine Angaben sind nicht richtig und ich möchte der Redaktion rathen, in der Annahme ihrer Informationen, auch wenn sie von der preußischen Gesandtschaft kommen, vorsichtiger zu sein. (Beifall links und im Centrum).

Abg. Dr. **Simonis** (Elsässer) protestirt gegen die Maßregel „als einen Mißbrauch der Gewalt zugunsten der Schwachen" und bezeichnet diesen Tag als den schönsten seit seiner Anwesenheit im Reichstage. Bisher habe seine Partei stets unter dem Drucke der Gewalt gestanden, heute zum erstenmale trete der Reichstag ein zugunsten der Schwachen.

Abg. Dr. **Bamberger**: Die heutige Diskussion zeigt, daß wir sehr gut debattiren können, wenn auch der Bundesrath uns den Rücken kehrt. Die Aufregung des Abg. Dr. Böttcher habe ich anfangs bedauert und sie als die Folge der drangvollen Lage angesehen, in der seine Fraktion sich befindet. Je erregter er gesprochen, desto ruhiger will ich ihm antworten. Man sagt uns immer, wir haben nicht den großen nationalen Maßstab an die Sache gelegt. Diesen großen Maßstab habe ich nach den zweitägigen Debatten aber noch immer nicht kennen gelernt, man sagt immer nur, die preußische Regierung wird uns alles mittheilen. Abg. Dr. Maquardsen giebt die Kompetenz des Reichstags zu und da verlangt er trotzdem, daß wir schweigen sollen, weil die Regierung nicht antworten will. Wenn der Verklagte schweigt, soll der Kläger die Klage fallen lassen. Bei der neulichen Petroleumfaß-Debatte blieb der Bundesrathstisch gleichfalls leer — doch wohl nur auf höheren Wink, weil eben der Reichskanzler nicht dafür ist, daß der Reichstag Zollentscheidungen tritisirt, derselbe Fall also wie heute. Gegenüber einer solchen Rechtsverweigerung muß der Ton unserer Debatte ein um so schärferer sein. Nicht um irgend einen Schachzug auszuführen, sondern um der Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, haben wir unsern Antrag gestellt. Wenn man in Frankreich etwas Deutsches tadelt, so sagt man dort, das sind nicht die Deutschen, die das machen, sondern die Prussiens. So denken wir nicht; jede gute preußische That ehrt Deutschland und deshalb muß diese preußische Maßregel nicht in einem partikularistischen Landtage sondern im Reichstage verhandelt werden. Dies ist der Standpunkt, Herr Dr. Böttcher, und das war auch der Standpunkt der nationalliberalen Partei. Wir vertreten hier den Gedanken der Nation und das ist mehr als die Vertretung des Regierungsstandpunktes. Wir kennen sehr wohl das Reichspferd und das Staatspferd, die Fürst Bismarck nach Bedürfniß vorführt, wir kennen dieses alte Postillonspiel sehr wohl (Heiterkeit) und nur ein so junger Nationalliberaler wie Dr. Böttcher kann es noch für ernst nehmen. Wenn Sie mit dem Reichskanzler durch Dick und Dünn gehen, so muß er Sie doch wirklich auslachen. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung Jahrzehnte gefehlt und gegen den Polonismus nichts gethan hat, so ist es ihre Schuld und sie darf nicht die Polen die Unterlassungssünden der Regierung entgelten lassen. (Lebhafter Beifall links.) Wie sich die Dinge bei uns entwickeln, darf man sich über keine Härten wundern. Man hat sich gewöhnt, dem großen Staatsmann möglichst wenig Menschlichkeit zuzuschreiben. Infolgedessen laufen eine Menge kleiner Bismärcke bei uns herum, schlagen auf den Tisch und schreien: „Was Barmherzigkeit, was Menschlichkeit! Schlagt ihn todt!" (Heiterkeit.) Die Verwaltungsbeamten haben so menschlich als möglich gehandelt, Schuld an den Härten ist die Regierung und das System. Unser Antrag ist um so gerechtfertigter, als keine Partei in solchem Antogonismus zu den Polen steht wie wir. Sollen wir aber deshalb den nationalen Sinn der Polen tadeln? Hätten die Deutschen die Solidität des patriotischen Sinnes wie die Polen, so wären die Elsässer nicht so französisch geworden und wir wären in Straßburg eingezogen wie die Italiener in Mailand. (Beifall.) Und hat nicht gerade die Politik des Reichskanzlers die Stärkung des Slaventhums herbeigeführt? Heute haben die Nationalliberalen beim Reichskanzler den Vorzug, sehr bald aber kann das Centrum wieder liebes Kind sein und Herrn Windthorst bei der Reichskanzlersoirée wieder vom Punsche begossen und sein Frack vom Reichskanzler abgewischt werden. (Große Heiterkeit.) Die heutige Rede Dr. Böttcher's erinnerte mich lebhaft an das Auftreten Granier de Cassagnac's, der auch alle Gegner niederschrie. Sie verlangen stets, daß wir uns dem Reichstage fügen sollen — weshalb nicht einmal, daß der Reichskanzler sich der Majorität des Reichstags fügt? Ein wenig von der Macht des Konvents könnte uns gar nicht schaden, dann wäre die Regierung heute nicht unvertreten. (Beifall.) Wir sind aber nicht einmal die Karrikatur eines Konvents — hätten wir die Macht anderer Parlamente, so würde auch das Volk sich mehr für unsere Arbeiten interessiren. Die Güter der Nationalität sind sehr wohl vereinbart mit denen der Humanität. Kann der Reichstag diese Wahrheit hier nicht vertreten, so ist er nicht werth, länger zu existiren. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Löwe**, daß er sich vorbehalte nach Einsicht des Stenogramms näher auf die Worte des Abg. v. Hammerstein zurückzukommen. Eine Sitzung der „Alliance israelite" hat in Wien überhaupt nicht stattgefunden: es haben sich nur einige jüdische Männer dort zusammengefunden behufs Herausgabe eines ethischen Werkes, dabei ist dann zur Sprache gekommen, daß es gut wäre, wenn man für ungebildete galizische Juden Geld zu ihrer Ausbildung aufbrächte. Alles andere in dieser Hinsicht hier geäußerte ist unrichtig.

Das Schlußwort für den sozialdemokratischen Antrag erhält Abg. **Singer**, der während seiner Ausführungen zweimal zur Ordnung gerufen wird. Nachdem Abg. **Magdzinski** noch für den Antrag der polnischen Fraktion gesprochen, schreitet das Haus zur Abstimmung.

Der Antrag des Abg. Dr. **Windthorst** wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen **angenommen**, worauf das Haus sich vertagt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. T.-O.: Etat.

Schluß $6^1/_2$ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar.

Am Ministertisch: v. **Scholz**.

Alterspräsident v. **Lessing** eröffnet die Sitzung um $2^1/_4$ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die **Wahl des Präsidenten und der Schriftführer.**

Auf Vorschlag des Abg. **Stengel** wird das Bureau der vorigen Session per Acclamation wiedergewählt, als Präsidenten also die Abg. v. **Köller**, v. **Heeremann** und v. **Benda**.

Abg. v. **Köller** (den Präsidentenstuhl einnehmend): Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir bewahrt haben und nehme die Wahl an in der Hoffnung, daß Sie mir auch ferner Ihre freundliche Unterstützung leihen werden. Was mir an Kräften zur Verfügung steht, wird eingesetzt werden, um die Geschäfte des Hauses zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Auch Freiherr v. **Heeremann** nimmt die Wahl dankend an, während Abg. v. **Benda** abwesend ist. Präs. v. **Köller** erklärt aber autorisirt zu sein, die Annahme der Wahl durch Herrn v. Benda zu erklären. (Heiterkeit.)

Damit ist das Haus konstituirt. Die vorschriftsmäßige Anzeige wird Sr. Majestät sofort gemacht werden.

Das Wort nimmt nunmehr

Finanzminister v. **Scholz**: Ich bin ermächtigt, dem hohen Hause die Allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt pro 1882/83 sowie den Etat pro 1886/87 vorzulegen. Es ist zum erstenmale, daß bei der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben beide Konti balanciren, wie es bei der Uebersicht für 1884/85 der Fall ist. Dieses Jahr hat unter günstigen Auspicien begonnen und sich auch finanziell bewährt. Die Forstverwaltung hat durch günstige Holzverkäufe einen Ueberschuß von 5,400,000 M. erzielt, bei den direkten Steuern ist ein Ueberschuß von 2,649,000 M., bei den indirekten von 2,548,000 M. zu verzeichnen, obgleich hier die Gerichtskosten mit einem Ausfalle von 2,117,000 M. noch nicht inbegriffen sind. Bei der Eisenbahnverwaltung war ein Ueberschuß von 12,336,000 M., welcher sich allerdings, da er sich auf fünfviertel Jahre bezieht und die gesetzlichen Abschreibungen zu machen sind, auf 3 Millionen reduzirt. Die Bergwerks-Verwaltung ist allerdings um über 2 Millionen gegen den Voranschlag zurückgeblieben. Es sind in allen Zweigen Ersparnisse gemacht worden, sodaß sich die Ergebnisse um rot. $31^1/_2$ Millionen günstiger gestalten als vorher veranschlagt worden war. — Was den Abschluß des laufenden Jahres betrifft, so müssen wir uns dagegen auf manche üble Ergebnisse gefaßt machen, besonders bei der Eisenbahnverwaltung. Der Druck, welcher auf der Landwirthschaft lastet, und die Stockung des Absatzes überhaupt bedingen naturgemäß auch einen Rückgang der Einnahmen in der Eisenbahnverwaltung. Aber im Vergleich mit anderen Staaten stehen wir immer noch günstiger da. — Der Etat pro 1886/87 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1,302,828,000 M. ab. Es bleibt ein Fehlbetrag von 14,107,000 M. zu decken. Einem Kenner der einschlägigen Verhältnisse kann das nicht Wunder nehmen. Wir hatten keinen Ueberschuß einzusetzen wie in früheren Jahren und die bedrängte Lage der Landwirthschaft und Industrie hat sich eben auch weiter auf allen Gebieten geltend gemacht. Dabei haben sich in allen Ressorts neue dringende Mehrbedürfnisse geltend gemacht. Man wird also anerkennen müssen, daß man es noch als ein sehr günstiges Resultat bezeichnen muß, daß nur ca. 14 Mill. zur Balanzirung fehlen. Aber da fortwährend von dem Fiasko der Reichssteuerreform gesprochen wird, so halte ich es doch für angezeigt, darauf hinzuweisen, daß wir jetzt 91 Millionen vom Reiche bekommen und an Matrikularbeiträgen $73^1/_2$ Millionen zahlen. Wir haben also ein Plus von $17^1/_2$ Millionen, während wir vor 7 Jahren ein Minus von $41^1/_2$ Millionen hatten. Das ist doch wohl als ein bedeutender Fortschritt der Reichssteuerpolitik zu bezeichnen. Also ein kläglicheres Fiasko als dieser Fiaskoruf der Presse über unsere Reichspolitik ist wohl noch nicht dagewesen. Nun ist die Frage: Wo sollen die Mittel herkommen zur Deckung des Defizits? Da weise ich auf das Branntwein-Monopol hin, welches vom Reiche in Aussicht genommen ist, wodurch dem Reiche 300 Millionen zufließen können, wovon dann auch dem Lande ein Theil zugute kommt. Das ist der beste Weg, um aus unseren kümmerlichen Verhältnissen herauszukommen. Nur dann wird es möglich sein, aller Wünsche zu erfüllen nach reichlicherer Pflege des Besitzes unserer Nation an idealen Gütern; so wird es möglich werden, die ganze Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überweisen, die Schullasten der Kommunen auf die Hälfte zu reduziren und eine Reform der Klassen- und Einkommensteuer derart herbeizuführen, daß höchstens 3 Proz. vom fundirten, vom unfundirten Einkommen noch weniger erhoben zu werden braucht. Helfen Sie uns dazu zum Heile Preußens, zum Heile des Reichs. (Lebhafter Beifall rechts.)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 21. Jan. 11 Uhr. T.-O.: Erste Lesung des Etats.

Schluß $3^3/_4$ Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	15. Jan.		16. Jan.		
Granulated	—	M.	—	M.	
Krystallzucker I.	—	"	—	"	
Krystallzucker II.	—	"	—	"	
Kornzucker 96 %	24,50—24,80	"	24,50—24,80	"	exkl.
Kornzucker 95 %	23,30—23,60	"	23,20—23,50	"	
Kornz. Rend. 88 %	—	"	—	"	
Nachprod. 88-92 %	—	"	—	"	
do. Rend. 75 °	20,60—21,10	"	20,50—21,00	"	

Tendenz am 16. Jan.: Preise unverändert, bei wenig Umsätzen.

	15. Jan.		16. Jan.	
ffein Brodraffinade	30,75	M.	30,75	M.
fein Brodraffinade	30,25—30,50	"	30,25—30,50	"
Brod-Melis	—	"	—	"
Gem. Raffinade	29,00—29,50	"	28,75—29,25	"
Gem. Melis I.	28,25—28,50	"	28,25	"

Tendenz am 16. Jan.: Unverändert.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Paris**, 16. Jan. (Telegr.) Rohzucker 88° weichend, loco 37,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Jan. 44,10, pr. Febr. 44,30, pr. März-Juni 45,10, pr. Mai-Aug. 45,60.

* **London**, 16. Jan. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 $15^1/_4$ nom. Rüben-Rohzucker $14^7/_8$. Centrifugal Cuba $16^1/_4$. Sich bessernd.

* **London**, 16. Jan. (Telegr.) Weitere Meldung. Rüben-Rohzucker 15 Verkäufer.

* **New-York**, 16. Jan. (Telegr.) Fair refining Muscovades 5,35.

Kaffee.

* **Hamburg**, 16. Jan. (Telegr.) Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack.

* **New-York**, 16. Jan. (Telegr.) (Fair Rio-) 8,00.

Spiritus.

* **Berlin**, 16. Jan. (Amtl. Festst.) Spiritus pr. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10,000 Proz. Termine fester. Gek. — L. Kündigungspr. — M. Durchschnittspr. —,— M., loco mit Faß — M., per diesen Mon. 38,5 bis — bis — bis — nom., per Febr. — bis — bez., per März — bis — bez., per April — — bis — bez., per Mai — bis — bez., per Jan.-Febr. 38,5 bis — bis — nom., per Febr.-März — bis — bez., per März-April — bis — bez., per April-Mai 39,5—39,4 bis — bis — bez., per Mai-Juni 39,7 bis 39,8 bis 39,7 bis — bez., per Juni-Juli 40,7—40,8 bis 40,7 bez., per Juli-Aug. 41,6 bis — bis — bez., per Aug.-Sept. 42,3 bis — bis — bez., per Sept.-Okt. — bis — bis — bez. — Spiritus per 100 Lit. à 100 Proz. = 10,000 Proz. loco ohne Faß 38,3 bis — bis — bez., ab Speicher — bez., per Jan.-Febr. — bez.

* **Magdeburg**, 16. Jan. Kartoffelspiritus für 10,000 Liter-Proz. loco ohne Faß 37,90—38,40 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Magdeburg**, 16. Jan. **Hermann Walther.** (Wochenbericht.) Die fortwährenden sehr bedeutenden Schwankungen der berliner Börse verfehlten nicht, auch unseren Spiritus-Markt zu verflauen. Die Regierungsvorlage, das Branntwein-Monopol betreffend, stört den Handel ungemein; man glaubt gar nicht, daß dieselbe zur Annahme kommt, doch scheut sich jeder, vor Klärung der Verhältnisse neue Verbindlichkeiten einzugehen. Die Lage des Artikels kann trotzdem als eine gesunde bezeichnet werden, und ist es sehr wahrscheinlich, daß sich die Preise andauernd bessern, sobald der jetzt auf den Gemüthern lastende Druck der Ungewißheit geschwunden ist. In den betheiligten Kreisen erwartet man, wenn die Monopolvorlage gefallen ist, eine höhere Besteuerung des Spiritus und im Gefolge eine höhere Exportprämie, was entschieden günstig auf den Handel selbst und die Preise wirken wird. — **Kartoffelspiritus** loco ohne Faß war amtlich notirt von 38,80—37,90 M.; ab Speicher oder Bahn wurde 39,50—39,20 M. bezahlt. Termine ohne Handel. — **Rübenspiritus** wurde in Realisation früherer Verschlüsse mehrfach umgesetzt, loco und Januar 38,50—38,00 M. bezahlt.

* **Leipzig**, 16. Jan. Per 10,000 Lit.-Proz. ohne Faß loco 38,10 M. Gd. Unverändert.

* **Breslau**, 16. Jan. (Telegr.) Pr. 100 Lit. 100 Proz. pr. Jan. 36,20, pr. April-Mai 38,10, pr. Mai-Juni 39,50, pr. Juni-Juli —,—.

* **Stettin**, 16. Jan. (Telegr.) Behaupt., loco 36,70, pr. April-Mai 38,50, pr. Juni-Juli 40,00, pr. Juli-Aug. 40,70.

* **Posen**, 16. Jan. (Telegr.) Loco ohne Faß 36,20, pr. Jan. 36,40, pr. Febr. 36,50, pr. April-Mai 38,10, pr. Juni 39,10, pr. Juli 39,80 Gekündigt — Liter. Still.

* **Hamburg**, 16. Jan. (Telegr.) Fester, pr. Jan. $28^1/_4$ Br., pr. Jan.-Febr. $28^1/_2$ Br., pr. April-Mai $28^1/_4$ Br., pr. Juni-Juli $29^1/_4$ Br.

* **Paris**, 16. Jan. (Telegr.) Ruhig, pr. Jan. 48,50, pr. Febr. 49,00, pr. März-April 49,25, pr. Mai-August 49,75.

Stroh. Heu.

* **Berlin**, 15. Jan. (Marktpr. nach Ermittl. d. kgl. Poliz.-Präs.) Richtstroh 4,50 bis 5,25 M. Heu 4,00 bis 6,20 M.

* **Nordhausen**, 16. Jan. Stroh 3,00—3,50 M. Heu 4,50—5,50 M. per 100 M.

Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860119029/fragment/page=0002